

## Nr. 4

JOURNAL
der
INTERNATIONAL ASSOCIATION
AGAINST
PSYCHIATRIC ASSAULT

## 2. Mai an der T4 Gedenkstätte



★DER GEWINNER UNSERES INTERNATIONALEN SLOGANWETTBEWERBS (5.3)



#### Titelbild:

Remembrance & Resistance Day; unsere Kampagne zur Kriminalisierung der Psychiatrie erstmals demonstrativ auf der Straße

Nr. 4 - Juli 2009

Herausgeber & Redaktion sowie V.i.S.d.P.: Hagai Aviel iaapa@hotmail.com

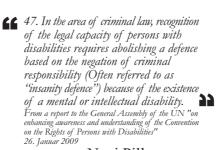
ZWANG ist die offizielle Zeitschrift von IAAPA (International Association Against Psychiatric Assault) ©

Adresse: Spechtweg 1 4125 Riehen Schweiz

IAAPA ist eine Menschenrechtsorganisation, die, 2002 gegründet, auf dem Gebiet des psychiatrischen Zwangs mit dem Ziel tätig ist, alle psychiatrischen Zwangsmaßnahmen abzuschaffen und die Grundrechte auf Selbstbestimmung, Gedankenfreiheit, körperliche Unversehrtheit, Freiheit und menschliche Würde zu fördern.

- 3 Ergebnisse des Kriminalisierungswettbewerbs Hier sind die Gewinner...
- 4 Täuschung mißlungen
- 5 "Mediziner sind geschockt" Zusammen mit Gert Postel "stürmen" wir den Weltkongress der Psychiatrie über Zwangbehandlung 2007 in Dresden
- 8 8 Forderungen
- 9 Konsequenzen der Konvention
- 9 Starke Unterstützung
- 11 Chronik eines Betrugs Wie die Behindertenrechtskonvention zu einem Mittel der Täuschung gemacht wurde

Navi Pillay
UN High Commissioner for Human Rights



Navi Pillay





ERGEBNISSE

# KRIMINALISIERUNGSWETTBEWERBS

Seit dem 1.1.2009 wurde in den meisten Staaten die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert, welche die Freiheitsberaubung und Körperverletzung auch von Menschen, die als "psychisch krank" verleumdet werden, verbietet.

Deshalb gehen wir davon aus, daß in diesen Ländern die Sondergesetze für angeblich "psychisch Kranke", welche die Anwendung von Zwang und Gewalt erlauben, illegal werden und folglich ab dem 1.1.2009 die Gewaltätigkeiten des psychiatrischen Personals und aller Anderer, die in einer geschlossenen Psychiatrie arbeiten, Verbrechen sind und diese Leute entsprechend Verbrecher genannt werden müssen.

Diese Erklärung ist aber zu lang und kompliziert. Deshalb haben wir von der IAAPA uns entschlossen, in einer Kampagne gegen diese Verbrecher vorzugehen und gleichzeitig die Öffentlichkeit darüber zu informieren, indem wir ein Preisausschreiben für die Suche eines passenden Slogans auslobten:

1. Preis: 100 Euro, 2. Preis: 70 Euro, 3. Preis: 40 Euro Hier sind die Gewinner...

- 1. **Psychiater: staatlich geschützte Verbrecher** *Karl Valentin*, Deutschland
- 2. Nur wenn Vergewaltigung kein Verbrechen, sondern eine andere Form von Liebe wäre, dann wäre auch die Arbeit in einer Geschlossenen kein Verbrechen, kein Verstoss gegen UN-Menschenrechte.

  Caspar Abocab, Deutschland
- 3. Pfleger und Psychiater! Aufgepasst! Laut UN-Konvention seid Ihr jetzt Verbrecher. Roman Breier, Deutschland
- 1.1.2009: die Geschlossene wird zum Staatsverbrechen gegen die Menschlichkeit *Fritz Hummer*, Deutschland

**Keine Zwangsbehandlung: Das ist Gesetz!** *Alison Hymes,* USA

Zwangspsychiatrie? Sie ist ein Verbrechen. *Jane Miller*, Kanada

Sobald es einen Schlüssel gibt, ist es illegale Psychiatrie! Rodney Yoder, USA

Ich lass mich doch nicht von einem Verbrecher untersuchen René Talbot, Deutschland

Wärter und Psychiater, Ihr seid Gangster und brutale Kerle! Achtung Ihr Verbrecher! Wir werden einen Prozess anstrengen. No Compliance, Deutschland Pfleger und Psychiater! Aufgepasst! In den Geschlossenen seid Ihr laut UN-Konvention Verbrecher.

Roman Breier, Deutschland

Menschen in eine psychiatrische Anstalt einzuschließen ist ein Verbrechen!

Sie sind kein Verbrecher, also werden Sie nicht in einer geschlossenen Abteilung arbeiten!

Peter Zihlmann, Schweiz

Wer nach dem 1. Januar 2009 Personen aufgrund einer psychiatrischen Diagnose einperrt bzw. einsperren läßt, fixiert oder/und zwangsbehandelt, macht sich laut UN-Behindertenrechtskonvention strafbar.

Doris Steenken, Deutschland

Die echten Verbrecher sind die, die uns auf den Stationen wegschließen und missbrauchen

Sue Clark-Wittenberg, Kanada

Wärter und Psychiater, Ihr seid brutale Kerle und Bestien. Mindestens aber: Verbrecher nach dem Völkerrecht. S. Shrinkslayer, Deutschland

Wer jetzt noch zwangsbehandelt, ist ein Verbrecher. *Matthias Seibt*, Deutschland

Wärter und Psychiater in den Geschlossenen! Rettet Eure Hälse! Hört auf, in den Geschlossenen zu arbeiten! Folgt keinen anderen Befehlen! A. Alerter, Deutschland

#### ERGEBNISSE DES KRIMINALISIERUNGSWETTBEWERBS:

Jeder, der nach dem 1.1.2009 in einer Geschlossenen arbeitet, ist ein Geiselnehmer

Jan Bender, Deutschland

Was ist der Unterschied zwischen einem Gefängnis und einer Geschlossenen?

In einer Geschlossenen sind die Insassen keine Verbrecher, dafür aber die KrankenpflegerInnen und Arzte. Sven X, Deutschland

Ab 2009 gilt: Wer andere in der Geschlossenen gefangenhält, ist ein Verbrecher. (Sagen Sie es Ihnen, wenn sie es noch nicht wissen sollten!)

Helge Schneyder, Deutschland

Wärter und Psychiater im psychiatrischen Gefängnis sind Verbrecher!

Sagt die UN-Menschenrechtskommission.

Escapee, Deutschland

Schändliche Psychiatrie mit unzähligen Opfern, es ist Zeit, sie abzuschaffen genau wie jeden anderen Faschismus auch. Alain Waché, Frankreich

STOPPT DEN WAHNSINN! Zwangspsychiatrie ist illegal WER IST HIER DER WIRKLICHE PSYCHO? Zwangspsychiatrie ist illegal SCHLIESST DEN PSYCHO WEG! Zwangspsychiatrie ist illegal Itay Nevo, Israel

Achtung: Psychiatertricksereien (Rest leider unübersetzbar:) quacks are turning societies into lethal quackes quick sand stop psychiatry carnage Danièle Deschamps, France

Stoppt die Behinderer Maxman, Deutschland

Wärter und Psychiater sind Schläger und brutale Kerle. Wenn sie hinter Gittern arbeiten, sind sie Verbrecher. Unbestreitbar!

Therapy Resister, Deutschland

Psychiatrische Gefängnisse sind illegal. Wärter und Psychiater dort sind Verbrecher. Mr. "Don't Talk To Psychiatrists", Deutschland

Psychiater und Wärter in einer Geschlossenen sind nach dem Völkerrecht eine Horde Krimineller. Bopp Shrinkhunter, Deutschland

Hinter Gittern arbeitendende Psychiater und Wärter sind Verbrecher.

T. Truth, Deutschland

Psychiatrische Henker/Vollstrecker Thomas Szasz, USA

Pfleger und Psychiater sind angespannt. In den Geschlossenen sind sie laut UN-Konvention Verbrecher.

Roman Breier, Deutschland

Psychiatrie: wenn sie hinter Gittern stattfindet, ist sie kriminell! Hagai Aviel, Israel

## Täuschung misslungen

Berlin, 19.12.2008: Das groß angelegte Täuschungsund Verdummungsmanöver der staatlichen Gewalten zur weiteren Verdeckung und Verdunkelung der Spaltung von Menschenrechten ist gründlich mißlungen, ja, hat nun sogar einen gegenteiligen Effekt erzielt.

Dass die Verleumdung mit einer psychiatrischen Diagnose vor allem dazu dient, Menschen willkürlich ihrer Grund- und Menschenrechte zu berauben und sie damit zu Untermenschen zu degradieren, haben die Betroffenen zunehmend erfolgreich einer breiteren Öffentlichkeit bekannt machen können; erwähnt seien nur das Foucault-Tribunal 1998 (www.foucault.de) und das Russell-Tribunal 2001 (www.freedom-of-thought.de).

Als Abwehr- und Rettungsmaßnahme gegen die Aufdeckung der seit 1948 verlogenen Behauptung, die Menschenrechte seien unteilbar und es gäbe keine Klasse von willkürlich radikal entrechteten Psychiatrisierten, wurde von den Staaten in der UN ein Betrug inszeniert: Innerhalb von 4 Jahren wurde eine sog. UN-Behindertenrechtskonvention aus der Taufe gehoben, deren Wortlaut der Öffentlichkeit vortäuschen sollte, diese Spaltung der Menschenrechte solle beendet werden. Tatsächlich war aber nur geplant, diese Lüge wieder zu befestigen, kritische Aktivisten bürokratisch zu beschäftigen und in falschen Hoffnungen zu wiegen.

Dieser Plan wäre dann auch aufgegangen, wenn die Aktivisten überall den Köder geschluckt hätten, dass nun Menschen"rechte" von Behinderten anerkannt würden, statt zu verstehen, dass es um eine politische Frage geht und sich bei der Ratifizierung entscheidet, ob es sich um symbolische Politik zur Schaufenster-Dekoration und um ein Täuschungsmanöver des Staates handelt oder tatsächlich das gemeint sein sollte, was in der UN-Behindertenrechtskonvention behauptet wird.

Insbesondere weil in Deutschland schon mit bestem Gewissen von Ärzte-Nazis zur "Heilung" mit staatlicher Unterstützung gemordet wurde, waren wir mißtrauisch und haben deshalb vor der Ratifizierung mit einem Rechtsgutachten renommierter Menschenrechtsanwälte (www.die-bpe.de/stellungnahme) alle Abgeordneten in Ländern und Bund darauf hingewiesen, was die UN-Behindertenrechtskonvention verspricht. Die unmittelbare Reaktion der Volksvertreter: Nahezu ausnahmslos wurden die Konsequenzen negiert.

Nachdem das Fazit unseres Rechtsgutachten sogar vom UN-Hochkommissariat für Menschenrechte (www. ohchr.org/EN/UDHR/Documents/60UDHR/detention\_infonote\_4.pdf) bestätigt wurde, welches die psychiatrischen Sondergesetze zu "an sich diskriminierenden" "ungesetzlichen Gesetzen" erklärte und wir dies wiederum unmissverständlich allen Abgeordneten in Ländern und Bund schriftlich mitgeteilt hatten, hielten sie im vollen Bewußtsein ihrer niederträchtigen Entscheidung an dem Konventionsbetrug fest: Am 4.12.2008 um 22:59 Uhr hat der Bundestag unter Ausschluß irgendeines Publikums (der Besucherdienst hatte um 20 Uhr die Pforten geschlossen) den Betrug beschlossen und Unrecht zu Recht erklärt. Die UN-Behindertenrechtskonvention soll in einem Kernbereich, der Gleichstellung vor Recht und Gesetz, um Freiheitsberaubung und folterartige Körperverletzung durch Zwangsbehandlung Behinderter endlich zu bannen, eben genau nicht gelten. Dass dieser Beschluss vom Bundestag so klammheimlich spät nachts ohne Aussprache und unter Ausschluss des Publikums vollzogen wurde, ist ein weiterer Beweis für die betrügerische Absicht, in der er gefasst wurde. Heute wurde der Betrug von einer Allparteien-Koalition im Bundesrat einmütig bestätigt.

Dadurch, dass nun der Beweis erbracht ist, dass in dem einen Fall, der BRD, in dem tatsächlich über die Konsequenzen der UN-Behindertenrechtskonvention bei der Ratifizierung abgestimmt wurde und diese prompt negiert wurden, ist auch für die Betroffenen in allen anderen Ländern die Täuschung offenkundig, der von staatlicher Seite aus die UN-Behindertenrechtskonvention nur dienen soll. Sie hat in der BRD gleichzeitig ein Institut für Regierungsgefälligkeiten offenbart, das heuchelnd täuschende Lippenbekenntnisse zu den Menschenrechten abgibt, um sich tatsächlich zum bezahlten Komplizen der Vertuschung zu machen. (Siehe Offener Brief: I.O. Seite 11)

Allerdings haben die staatlichen Gewalten einen Preis für ihre Täuschung bezahlen müssen: Sie haben nun alle diejenigen, die Menschenrechte ernst nehmen, gegen sich: Denn da die Instanz, die von allen Nationen und Kulturen der Welt einvernehmlich zur Einhaltung und zum Schutz der Menschenrechte geschaffen wurde, das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte, die psychiatrischen Sondergesetze zu an sich diskriminierenden und ungesetzlichen Gesetzen erklärt hat, können wir weder durch Negieren noch durch irgendeine "Experten"meinung in unserem Wissen getäuscht werden.

- dass die psychiatrische Gefangennahme ein Verbrechen ist.
- dass die psychiatrische Zwangsbehandlung in den psychiatrischen Gefängnissen ein Verbrechen ist.
- dass alle, die in diesen geschlossenen psychiatrischen Stationen arbeiten, Verbrecher sind, insbesondere die ÄrztInnen und Ärzte.
- dass kein staatliches Gesetz mehr diese Verbrecher vor dem Urteil bewahren kann, Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu begehen.

Wer nach dem 1.1.2009, dem Tag, an dem die UN-Behindertenrechtskonvention in der BRD in Kraft tritt, sich noch an solchen Verbrechen beteiligt, tut dies in vollem Bewußtsein, sich schuldig zu machen: Die Teilnehmer der diesjährigen Konferenz der Psychiatervereinigung in Deutschland, der DGPPN, wurden am 26. und 27. 11. von uns am Eingang darüber aufgeklärt:



Ab 1.1.09 sind alle, die in einer Geschlossenen arbeiten, Verbrecher, weil dann durch die in Kraft tretende Behindertenrechtskonvention Körperverletzung und Freiheitsberaubung an angeblich "psychisch Kranken" genauso ein Verbrechen sind, wie bei nicht so Verleumdeten. Die International Association Against Psychiatric Assault hat ein von uns unterstütztes Preisausschreiben initiiert: siehe Seite 3.

Erklärung der Mitgliederversammlung der Bundesarbeitsgemeinschaft Psychiatrie-Erfahrener zur einstimmigen Ratifizierung der UN-Behindertenkonvention durch den Bundesrat am 19.12.2008

#### "Mediziner sind geschockt"\*

## Zusammen mit Gert Postel "stürmen"\* wir den Weltkongress der Psychiatrie über Zwangbehandlung 2007 in Dresden

8.6.2007: Zurück aus Dresden freuen wir uns, eine Übersicht über die Woge an Berichterstattung geben zu können, die wir durch unsere Aktivitäten gegen diesen Kongress der World Psychiatric Association (WPA) auslösen konnten.

Um den Kongress herauszufordern und so zu provozieren, dass er sein wahres Gesicht zeigt, hatten wir Kontakt mit dem Schirmherrn der Bundesarbeitsgemeinschaft Psychiatrie-Erfahrener, Gert Postel, aufgenommen. Er war bereit, das Zugpferd unserer Kampagne zu werden. So verabredeten wir mit ihm eine Lesung aus seinem Buch "Doktorspiele". Daran sollte sich die Auseinandersetzung mit den Fragen des Publikums anschließen.

Für diese zentrale Veranstaltung konnten wir durch die Kooperation mit dem Dresdner Verein "WIR e.V." den größten Saal des Dresdner Rathauses mit 480 Sitzplätzen buchen. Allein die Ankündigung der Veranstaltung im Rathaus brachte am 24.5.2007 die ersten Berichte in zwei großen Tageszeitungen, der *Leipziger Volkszeitung* und den *Dresdner Neuesten Nachrichten;* Titel: "Postel hält Einzug im Rathaus" (archiviert im Internet, www.iaapa.de/wpa\_protest.htm).

Von der Leipziger Volkszeitung um eine Stellungnahme gebeten, ließ der Organisator und Sprecher des WPA-Kongresses **Prof. Kallert**, die Katze aus dem Sack in dem er folgendes klarstellte: "Natürlich sind Zwangsmaßnahmen in der Psychiatrie gerechtfertigt." Damit hatte Prof. Kallert selbst entlarvt, dass die Einladung von "Kritikern" der Zwangsbehandlung zu diesem Kongress nur ein hinterlistiges Ausweichmanöver war. Tatsächliches Ziel des Kongresses war jedoch nie, diese Zwangs- und Gewaltausübung durch die Psychiatrie in Frage zu stellen, sondern stattdessen, sich international darüber zu verständigen, wie die gewaltförmigen Methoden des Zwangs perfektioniert und vereinheitlicht werden können. Genau dieses Ziel kritisieren wir entschieden und fordern die konsequente Beendigung jeglichen psychiatrischen Zwangs - sei es 'Zwangsbehandlung', 'Zwangsbetreuung' oder auch 'nur' die unfreiwillige Etikettierung mit sogenannten psychiatrischen 'Diagnosen'.

Wir meinen, dass psychiatrische Zwangsbehandlung menschenverachtende Folter ist bzw. einer Folterbehandlung unmittelbar nahe kommt. Entsprechend der Antifolterkonvention der Vereinten Nationen erfüllt psychiatrische Zwangsbehandlung alle Kriterien für die Definition von Folter:

- 1. Menschen wird großes körperliches und seelisches Leid zugefügt, durch Einsperrung oder zwangsweise Einrichtung einer Vormundschaft (sogenannte 'Betreuung'), durch die zwangsweise Vergabe von schädlichen Drogen (Psychopharmaka), Elektroschocks (sog. EKT), Fesselung (sog. 'Fixierung'), durch die Verleumdung als angeblich 'geistig krank', durch Entwürdigung und den Verlust ihrer Selbstbestimmung und nachhaltig durch die sozialen und körperlichen Spätfolgen der Zwangsbehandlung.
- Es handelt sich nicht nur um ein bloßes Quälen von Personen durch Andere, sondern es geschieht auf der Basis staatlicher Gesetze wie PsychKG und Betreuungsrecht und wird auch von "in amtlicher Eigenschaft handelnden Personen", z.B. dem sozialpsychiatrischen Dienst, ausgeübt.
- 3. Psychiatrische Zwangsbehandlung erfüllt auch insofern die Kriterien der UNO-Definition von Folter, da Menschen eingeschüchtert und genötigt werden bzw. ein Geständniszwang besteht, mit Weiter auf S. 8

<sup>\*</sup> Titel der Bild-Zeitung vom 6.6.2007 , siehe Seite 7

# Sächsische Zeitung

MITTWOCH, 6, HINI 2007

DRESDEN

62. JG. | NR. 129 | DEUTSCHLAND 0.90 EURO



David Oaks (SCI) versucht uns zu überreden, nicht gegen den Kongreß zu demonstrieren



t Postel führt n Protest gegen ongress an.

Der Hochstapler als Held

#### Nachrichten aus Dresden

Diebe beim Zahnarzi

Großer BILD-/aldschlösscher

Zwangsbehandlung ist Folter! lier im ICC soll sie rektioniert werden Rich

C sall sie ONIE WE'



Did Feoerheriche Clores Zeiten Straße (Libbray) wird hit Destenber 2008 soniert. Die Einsassfaler zeitige stellber jest Zwe-ckauer Straße 40.

#### Vogetspinne bei this

Yogetspiemen und fongen wirtst der Zug 7. Suni, 14. - tö Uhr, dem Steis-Hotel Lölen stein auf der Prager Straße. Hier motsteld ein Zan-Schautenster.

#### Professor an Orgel

lithwoch, 20 Lihr, spi rot. Hans Devideos is Gölseberg ar dei libermonnorget der elkorche Bestehede-ecke. 5 Kere,

6351) 06 57 300 Telefax (9351) 49 84 224 E-Mail dresden@bild.de

Kono-Gowinnzahlen 7, 6, 11, 16, 16, 22, 23, 24, 26, 27, 30, 33, 35, 30, 39, 40, 54, 54, 41, 63 Lottorio ptes 5

#### 0ma (70) um 5000 Euro betrogen

Dresden - Trotz heutige Washingen in den Me-dion ist sene Omit (70)

Dieses Foto von David Oaks (2), Judy Chamberlain und Peter Lehmann (5) lächelnd zusammen mit den Bonzen von der WPA(1) und des Kongresses (4) hat uns sprachlos gemacht. Deshalb haben wir einen Wettbewerb für den besten Spruch dazu initiiert; siehe S. 8

Arzt stürm

Der verurteilte Hochstapler Gert Postel will <u>morge</u>n einen sychiatrie-Vortrag im Rathaus halten Mediziner sind geschockt

VON TURGEN HELFRICHT

morgen wersles sich die 400 well-besten Psychia-trie Arste in te in rem internationalis ealen Kengsen treffen. Exper-ten aus 48 Lön

Arrisonn gewe withe.

Possel bitist morgen rom Gi Kongross (m. i miertelen (bre Rothoussess) si Rothoussess) si

word, and year. Wast geschwarter, herfor Latt vertarenten, Wirk-lich herform und bes



Stabilist tolgten, 199
words or dis Dr. Post
Obscort in Psylidetes
hose Kir Psychiatrie

Das Dresdener Rathaus randvoll für Postels Lesung



Nach der Lesung haben die Dresdener Postel mit ihren Problemen konfrontiert. Der Gesichtsausdruck von Kongreßorganisator, Kallert (l.), zeigt seine Unzufriedenheit, als das MDR Fernsehen sich nur für Postel interessierte - siehe www.iaapa.de/halli kalli.html

#### Fortsetzung von Seite 5

dem Ziel, sich 'krankheitseinsichtig' zu zeigen, damit die Betroffenen dauerhaft unter der Kontrolle und somit 'Kunden' der Psychiatrie bleiben und um das Verhalten und Denken von Menschen zu normieren. Psychiatrie ist damit ein Instrument von Herrschaft und sozialer Kontrolle. (Ausführliche Begründung siehe: "Zwangspsychiatrie, ein Foltersystem", ZWANG Nr. 2, S. 4).

Um einerseits unsere Wertschätzung der Ermittlungsund Aufklärungsarbeit von Gert Postel zum Ausdruck zu bringen und andererseits die konstanten und fortgesetzten Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch die Psychiatrie zu thematisieren, hatten die Mitgliedsversammlungen der International Association Against Psychiatric Assault (IAAPA) und der Bundesarbeitsgemeinschaft Psychiatrie-Erfahrener e.V. (die-BPE), sowie das Plenum des Werner-Fuß-Zentrums und die Vorstände des Landesverbands Psychiatrie-Erfahrener Berlin-Brandenburg und der Irren-Offensive beschlossen, Gert Postel öffentlich zur Nominierung für den Nobelpreis für Medizin vorzuschlagen:

#### Es wird Zeit für eine Entschuldigung Protest gegen WPA- Dresden Juni 2007

In der schon lange währenden Debatte um die Verantwortung der Wissenschaft für Verbrechen gegen die Menschlichkeit wurde eine Institution bisher ausgeblendet: der Nobelpreis.

Als Unterzeichner dieses Aufrufs wollen wir an die unmoralische Verleihung des Nobelpreises für Lobotomie an Antonio Egas Moniz im Jahr 1949 erinnern. Die Lobotomie, insbesondere wenn sie mit dem in der Psychiatrie üblichen Zwang und unter Gewaltanwendung ausgeübt wurde, war ein offensichtliches Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Dafür Antonio Egas Moniz mit dem Nobelpreis zu belohnen, gab dieser Grausamkeit den Ruf guter medizinischer Praxis und förderte ihren Gebrauch.

Da der Nobelpreis nicht zurückgenommen werden kann, appellieren wir an das Nobelpreis-Komitee sowie die Universitäten, die zur Nomination für den Nobelpreis autorisiert sind, sich mit einer Geste eigener Art zu entschuldigen: Durch die Verleihung des Nobelpreises für Medizin an Gert Postel, der erfolgreich vorgetäuscht hat, Chefarzt einer Psychiatrie zu sein. Seit 1981 hat er dreimal bewiesen, dass es gar kein psychiatrisches Wissen gibt und er hat somit Psychiatrie als eine gegen die Menschlichkeit gerichtete Institution aufgedeckt. Er hat mit seinem existentiellen Experiment bewiesen, dass es innerhalb der Wissenschaft eine Stimme der Moral gibt, welche in der Tat notwendig ist, um die Möglichkeiten von wissenschaftsfundierter Technik und medizinischer Praxis zu begrenzen. Dieser Aspekt von Gert Postels Arbeit muss belohnt werden, jenseits aller Kontroverse darüber, ob er kriminelle Methoden anwendete, als er eine ärztliche Approbation fälschte, die es in der Psychiatrie sowieso nicht geben kann und die ihn insofern in einen diametralen Gegensatz zu einem der Hauptdogmen der Medizin gebracht hat. Gert Postel vollendete das berühmte David L. Rosenhan-Experiment und hat bewiesen, dass es auch auf der Ärzteseite jederzeit wiederholt werden kann. Er hat folglich einen empirischen Beweis dafür geliefert, dass es so etwas wie "psychische Krankheit" gar nicht gibt.

Beschluss der Mitgliederversammlung der Bundesarbeitsgemeinschaft Psychiatrie-Erfahrener e.V. vom 15.5.2007, Beschluss der Mitgliederversammlung der International Association Against Psychiatric Assault vom 24.4.2007, Beschluss des Plenum des Werner-Fuss-Zentrums vom 23.5.2007, Beschluss der Vorstände von Landesverband Psychiatrie-Erfahrener Berlin-Brandenburg e.V. und Irren-Offensive e.V

Die besten Sprüche über die lächelnde Gruppe S. 7: George Ebert, USA: **Kuschelig, - und noch tausende Worte wert!** Jens Petersen, Schweiz: **Die Besudelten und Hofartigen.** Alle weiteren 8 Sprüche: www.iaapa.de/contest\_dt.html

## 8 Forderungen ...

...wie mit der Erinnerung an die Opfer und Täter des systematischen ärztlichen Massenmordens von 1939 bis 1949 umgegangen werden sollte; Forderungen nach Dringlichkeit geordnet:

Helfen Sie, die perfekten Nazi-Morde dadurch imperfekt zu machen, dass...

- 1. ...der Nazi-Jargon "Euthanasie" (= ärztlichassistierter Suizid) aus dem Sprachgebrauch verbannt wird, wenn damit der systematische ärztliche Massenmord von 1939 bis 1949 gemeint ist. Die Nazis haben das Wort "Euthanasie" gebraucht, um zynisch zu unterstellen, daß es die Opfer selber waren, die ihren Tod gewünscht hätten. Wenn Sie diesen Begriff benutzen, werden die Opfer noch einmal JETZT entwürdigt. Wenn Sie dieses Wort für den systematischen ärztlichen Massenmord von 1939 bis 1949 benutzen, helfen Sie, Ärzte-Nazi-Ideologie zu reproduzieren, bringen Solidarität mit den Tätern zum Ausdruck und beteiligen sich am Versuch der Vertuschung von deren Schuld.
- 2. ...Sie die Ermittlung der Namen der ca. 300.000 Opfer des systematischen ärztlichen Massenmordes von 1939 bis 1949 inkl. ca. 25.000 Ermordeten von 1945 -1949 als Opfer desselben Mordens durch denselben Täterkreis unterstützen.
- 3. ...Hagai Aviel, der den wichtigen ersten Schritt in diese Richtung trotz der Verfolgungsmaßnahmen des Bundesarchivs unternommen hat (siehe: www.iaapa.org.il/46024/Claims), völlig rehabilitiert, sowie für seine Prozeßkosten kompensiert wird.
- 4. ...die sofortige Veröffentlichung der Namen im Internet veranlasst wird, damit Angehörige sich über das Schicksal ihrer Familienmitglieder informieren können
- 5. ...die Eröffnung von Ermittlungsverfahren zur Aufklärung aller ärztlichen Morde von 1939 bis 1949 gefordert wird.
- 6. ...die Schuld und Wiedergutmachungszahlungen an die rechtmäßigen Erben der Ermordeten durch die Ärzteverbände anerkannt wird.

7. ...in Heidelberg Schluß gemacht wird mit der Beutekunst im Hörsaal der Mörder:

Rückgabe der für die Universität Heidelberg durch den Nazi-Ideologen und Psychiater Hans Prinzhorn bösgläubig erworbenen Bilder an die Erben. Bis zu dieser Klärung sollten diese Kunstwerke im "Haus des Eigensinns" in der Tiergartenstr. 4 verwahrt und ausgestellt werden.

8. ...der Bundestag als Anerkennung der Verantwortung und Mahnung in seinem Foyer die Ausstellung "The Missing Link" mit Igael Tumarkins Assemblagen aus den transformierten Büsten von Karl Bonhoeffer als Dauerleihgabe zeigt.

Beschluss der Mitgliederversammlung der IAAPA am 17.2.2009



Eine der beiden Bonhoeffer-Skulptueren von Igael Tumarkin; siehe: www.dissidentart.de

## Konsequenzen der Konvention

Bundesarbeitsgemeinschaft Psychiatrie-Erfahrener e.V.

Donnerstag, 29. März 2007

Presseerklärung.

Die UN Behindertenkonvention nur ratifizieren, wenn gleichzeitig alle psychiatrischen Sonder- Entrechtungsgesetze abgeschafft werden

Morgen wird in New York die von der UN-Generalversammlung am 13.12.2006 verabschiedete "Convention on the Protection and Promotion of the Rights and Dignity of Persons with Disabilities" von der deutschen Regierung paraphiert. Mit dieser Unterzeichnung beginnt die Zeit, in der in der deutschen Politik diese Konvention und deren politische Implikationen diskutiert wird, um am Ende dieses Prozesses die Konvention durch den Gesetzgeber zu ratifizieren, oder dies entgegen der bisherigen Unterstützung beim Zustandekommen der Konvention zu unterlassen.

Da es in der Konvention um die Menschenrechte behinderter Menschen geht, muss vor allem die systematische und flächendeckende Verletzung dieser Menschenrechte durch die Gesetzgebung zur Legalisierung psychiatrischer Zwangsmaßnahmen - Zwangseinweisung und Zwangbehandlung - sowie willkürliche Strafverlängerung durch forensische Psychiatrie beendet werden. Wenn die Konvention in Deutschland ratifiziert und damit Gesetz werden sollte, ohne dass die psychiatrischen Sondergesetze gleichzeitig

außer Kraft gesetzt werden, würde sich die Konvention in ihr Gegenteil verkehren: Sie würde zu einem weiteren Instrument gegen die Rechte, die Menschenrechte, der Menschen werden, die als angeblich "psychisch krank" psychiatrisch-medizinisch verleumdet werden. Diese "Diagnosen" werden in der Konvention mit dem Begriff "Behinderung" bezeichnet (Artikel 1, Abs. 2): Der Begriff behinderte Menschen umfasst Menschen mit langfristigen körperlichen, seelischen, geistigen oder Sinnesschädigungen,...[Fett hinzugefügt]

Die Konvention wendet sich explizit gegen die rechtliche Diskriminierung von Behinderten (Artikel 2, Abs. 3): "Diskriminierung auf Grund einer Behinderung" bezeichnet jede Unterscheidung, Ausschließung oder Beschränkung auf Grund einer Behinderung, die zum Ziel oder zur Folge hat, dass die auf die Gleichberechtigung mit anderen gegründete Anerkennung, Inanspruchnahme oder Ausübung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, staatsbürgerlichen oder jedem anderen Bereich beeinträchtigt oder vereitelt wird."

Die Konvention untersagt damit explizit die Möglichkeiten, die das Grundgesetz zur Aufhebung der Grundrechte durch ein Gesetz offen gelassen hat, wenn diese gesetzlichen Sonderregelungen eine "Behinderung" zum Kriterium haben. Genau das ist aber der Fall bei den psychiatrischen Sondergesetzen: sowohl die PsychKG's als auch die forensischen Sondergesetze § 126 und § 63 StGB haben als notwendige Bedingung ein psychiatrisches Gutachten bzw. eine zwangsweise Begutachtung dafür. Sie sind demzufolge abzuschaffen, denn sie widersprechen der Konvention.

Darüber hinaus verpflichtet die Konvention einen ratifizierenden Staat in Artikel 12 dazu:

Gleichberechtigte Anerkennung als rechtsfähige Person 1. Die Vertragsstaaten bekräftigen, dass behinderte Menschen überall das Recht haben, als rechtsfähige Person anerkannt zu werden.

2. Die Vertragsstaaten erkennen an, dass behinderte

Menschen in allen Lebensbereichen gleichberechtigt mit anderen Rechts- und Geschäftsfähigkeit genießen.

Damit muss jede Zwangsentmündigung, irreführend "Betreuung" genannt, und die damit ermöglichte Zwangseinweisung und Zwangsbehandlung nach Betreuungsrecht, unterbunden werden und kann auch nicht mehr zynisch als "Schutz" und zum angeblichen "Wohl" der Betroffenen ausgegeben und legitimiert werden. Es muss also der § 1896 Absatz 1a BGB entsprechend unserer Forderung aus dem Jahr 2004 geändert werden: "Gegen den erklärten Willen² des Volljährigen darf ein Betreuer weder bestellt, noch eine Betreuung aufrechterhalten werden."

Zur Unterstützung dieser Rechtsauffassung der Konvention werden wir ein Rechtsgutachten bei einem auf internationales Menschenrecht spezialisierten Juristen in Auftrag geben.

Wir bitten Behindertenorganisationen dringend, gegen eine Ratifizierung der Konvention in der BRD Stellung zu beziehen, wenn sie nicht erfüllt, was darin versprochen wird: rechtliche Diskriminierungsfreiheit. Rechtliche Diskriminierung wird in ihrer radikalsten, brutalsten und menschenverachtendsten Form in Deutschland durch die Gesetze zur Legalisierung der Zwangspsychiatrie ausgeübt. Wenn Behinder
tenorganisationen hingegen auf

tenorganisationen hingegen auf schnelle Ratifizierung drängen sollten, weil sie sich Effekte positiver Diskriminierung von der Konvention erhoffen, wäre eine Ratifizierung ohne die

Abschaffung der Zwangspsychiatrie zu einem unerträglichen Preis erkauft: der Fortsetzung der Barbarei der Zwangspsychiatrie, deren folterartige Praxis und Ableugnung der Selbstbestimmung von Menschen, die als angeblich "psychisch krank" psychiatrischmedizinisch verleumdet werden.

Eine Ratifizierung unter Beibehaltung der psychiatrischen Sondergesetze würde die Konvention zu einer zynischen Karikatur machen: Die Konvention würde zu einem zusätzlichen Verdeckungs- und Vertuschungsinstrument psychiatrischer Gewalt werden.

Sie würde zu einem Teil des Problems anstatt zu seiner Lösung beizutragen.

1.Original-Text der Konvention:

Beauftragte der Bundesregierung

für die ange behinderter Menschen

eine

http://untreaty.un.org/English/notpubl/IV\_15\_english.pdf
Deutsche Arbeits-Übersetzung:http://files.institut-fuer-menschenrech
te.de/437/UN\_BK\_Konvention\_Internet-Version\_FINAL.pdf

2. Der "erklärte Wille" als nicht weiter qualifizierte Willensäußerung

## **Starke Unterstützung**

Bundesarbeitsgemeinschaft Psychiatrie-Erfahrener e.V.

Mittwoch, 8. Oktober 2008

<u>Pressemitteilung</u>

Das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte\* bestätigt: Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention ist ein Betrug und eine Fälschung

Am 1. Oktober 2008 wurde vom Bundeskabinett der Gesetzentwurf zur Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention\*\*beschlossen. In ihrer Pressemitteilung behauptet die Bundesregierung, dass damit "das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung auf nationaler Ebene" umgesetzt werde. Diese Behauptung ist falsch und stellt eine Täuschung dar, mit der das tatsächliche Verhältnis des Gesetzentwurfes

zu Wort und Geist des Konventionstextes verdeckt werden soll.

Artikel 14 1b) der Konvention legt ausdrücklich fest.

"dass das Vorliegen einer Behinderung in keinem Fall eine Freiheitsentziehung rechtfertigt."

Dagegen wird in der zum Gesetz gehörenden "Denkschrift zu dem Übereinkommen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen"\*\* auf Seite 50 zu Artikel 14 folgende Einschränkung vorgenommen:

"Sowohl aus Absatz 1 Buchstabe b als auch aus Absatz 2 ergibt sich, dass eine Freiheitsentziehung auch bei behinderten Menschen nicht grundsätzlich ausgeschlossen ist. Voraussetzung ist allerdings, dass zur Behinderung besondere Umstände hinzutreten müssen, die die Entziehung der Freiheit erforderlich machen. Das ist etwa der Fall, wenn nur mittels der Freiheitsentziehung eine Selbst- oder Fremdgefährdung vermieden werden kann. Sofern also zusätzliche Umstände vorliegen, die eine Freiheitsentziehung rechtfertigen, kann diese auch dann zulässig sein, wenn die die Freiheitsentziehung begründenden Umstände mit einer Behinderung zusammenhängen."

Der Gesetzentwurf\*\* nimmt damit in betrügerischer Absicht eine dem Konventionstext widersprechende und fälschende Interpretation der Voraussetzungen für einen Freiheitsentzug von Menschen mit Behinderungen vor, die ausdrücklich dazu dient, die in der Bundesrepublik vorhandenen Sondergesetze für sogenannte psychisch Kranke (PsychKG, §63 StGB, Regelungen im Betreuungsrecht) unangetastet zu lassen, die regelmäßig die Einschränkung von Grund- und Menschenrechten mit dem Verweis auf eine angebliche "Selbst- und Fremdgefährdung" rechtfertigen.

Die Note des UN-Hochkommissariat für Menschenrechte\* anlässlich der "Dignity and Justice for Detainees Week" (6. bis 12. Oktober 2008) bestätigt unsere Feststellung, dass es sich um eine Fälschung des Konventionstextes handelt:

"International human rights law and standards are very clear: persons with disabilities have the right to liberty and security of the person on an equal basis with others. The existence of a disability can in no case justify a deprivation of liberty. Persons with disabilities may be lawfully deprived of their liberty for having committed a crime or violated the law."

Rechtliche Gleichstellung von "psychisch Kranken" bedeutet, dass sie wie alle Anderen das Recht haben, ihre Gesundheit oder ihr Leben in Gefahr zu bringen, ohne von staatlicher Seite dafür belangt zu werden. Und sie bedeutet, dass auch ein Freiheitsentzug wegen einer vermuteten oder tatsächlichen Fremdgefährdung, wie sie in einigen Polizeiund Strafgesetzen vorgesehen ist, nur nach diesen allgemeinen Gesetzen erfolgen und nur der Gefahrenabwehr, nicht jedoch der "Besserung des Verhaltens" dienen darf. In jedem Fall verbietet die UN-Konvention in allen diesen Fällen, dass eine Behinderung (hier eine diagnostizierte "psychische Krankheit") ein Sondergrund für die Einschränkung der Menschenrechte der Betroffenen ist.

Die übliche Praxis, Entrechtungen und Zwang mit "Selbstund/oder Fremdgefährdung" oder mit einem unterstellten oder tatsächlichen Hilfebedarf der Betroffenen zu begründen, verurteilt das UN-Hochkommissariat unmissverständlich:

"In violation of relevant international standards, in many legal systems persons with disabilities, and especially persons with mental and intellectual disabilities, are deprived of their liberty simply on the grounds of their disability. Such disability is sometimes used to justify preventive



Demonstrant vor der Geschäftsstelle der deutschen Psychiaterorganisation DGPPN

detention measures on the grounds that the person with a disability might cause harm to himself or to others.

In other cases, persons with disabilities are deprived of their liberty for their care and treatment. All such practices, policies and laws are in contravention of existing international standards.

The Convention on the Rights of Persons with Disabilities (CRPD) states clearly that deprivation of liberty based on the existence of a disability is contrary to international human rights law, is intrinsically discriminatory, and is therefore unlawful. Such unlawfulness also extends to situations where additional grounds—such as the need for care, treatment and the safety of the person or the community—are used to justify deprivation of liberty."

Die "Denkschrift" ist zwar nicht Gesetzestext, wird aber in der praktischen Rechtsprechung bis in die höchsten Instanzen bei der Interpretation des Wortlautes des Gesetzes als Wille und (bindende) Meinung des Gesetzgebers berücksichtigt werden. Menschen könnten sich deshalb nicht unter Berufung auf die UN-Behindertenrechtskonvention des erzwungenen Aufenthaltes in einer psychiatri-

schen Klinik oder einer Zwangsbehandlung erwehren, denn die Gerichte würden sich auf die der Konvention widersprechenden deutschen Gesetze berufen.

Tatsächlich gibt es in der Behindertenrechtskonvention also keinerlei Interpretationsspielraum zugunsten der betrügerischen Fälschung im Gesetzentwurf der Bundesregierung. Die Bundesregierung und alle Abgeordneten des Bundestages und aller Länderparlamente sind durch die Bundesarbeitsgemeinschaft Psychiatrie-Erfahrener von dem geplanten Konventionsbetrug unterrichtet worden. Wird das Gesetz dennoch beschlossen, dann können daraus nur folgende Schlüsse gezogen werden:

- Die UN-Konvention wird zu einer Verhöhnung der Hoffnungen der Behinderten auf tatsächliche rechtliche Gleichstellung
- Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien entwürdigen mit diesem Vorgehen die UN, wenn deren Konventionen ohne praktische Konsequenzen selbst für Kernbereiche (Freiheitsentzug, Folter) auf nationaler Ebene ratifiziert werden.
- Darüber hinaus wird die Idee der universellen Menschenrechte und ihre Wirksamkeit geschwächt, wenn auf diese unverfrorene Art und Weise mit einer sie angeblich stärkenden Konvention umgegangen werden kann.

Wir rufen deshalb alle Menschen, die sich nicht täuschen lassen wollen, auf, dieser niederträchtigen Farce erbitterten Widerstand entgegenzusetzen. Treten Sie den geplanten Machenschaften gegen die UN-Behindertenrechtskonvention öffentlich oder auch gegenüber den Abgeordneten Ihrer Wahlkreise entgegen. Oder kommen Sie zur Dauerdemonstration für die Abschaffung der PsychKGe und gegen den Konventionsbetrug in Berlin, werktäglich 15.30 – 18 Uhr vor der Senatsverwaltung für Gesundheit, Brückenstr. 6 (S-Bahnhof Jannowitzbrücke).

Weitere Informationen dazu: www.die-bpe.de

<sup>\*</sup> Quelle: Dignity And Justice For Detainess Week, Information Note No. 4, Persons with Disabilities:

www.ohchr.org/EN/UDHR/Documents/60UDHR/detention\_infonote\_4.pdf \*\*www.bmas.de/coremedia/generator/28552/property=pdf/ 2008\_\_10\_\_01\_\_gesetzentwurf\_\_rechte\_\_behinderter\_\_menschen.pdf

## **Chronik eines Betrugs**

#### Wie die Behindertenrechtskonvention zu einem Mittel der Täuschung gemacht wurde

Genf, 17. April, 2001: Während der 57. Sitzung der UN-Kommission für Menschenrechte lädt die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Mary Robinson, zu einem Treffen in das *Palais des Nations* ein. In ihrem Bericht über das Jahr 2001 heißt es dazu auf Seite 154:

In April 2001, during the 57th session of the Commission on Human Rights, the Office organized consultations with governments, inter-governmental and non-governmental organizations, United Nations bodies and specialized agencies, and national institutions including national human rights commissions, on the issue of human rights and disability. The consultations concluded with a reaffirmation that there is a human rights dimension to disability and the need to strengthen the link between the Special Rapporteur on disability of the Commission for Social Development, the High Commissioner for Human Rights, and the Commission on Human Rights.

Hagai Aviel und Rene Talbot waren ebenfalls eingeladen und anwesend. Sie schildern ihre Eindrücke so:

Last Tuesday, April 17, we were in the special consultation on 'human rights and disability' in the office of the United Nations High Commissioner for Human Rights in Geneva. We were very impressed that almost all the participants in this consultation addressed our issue, using the term 'psychiatric disability'. This term was specifically mentioned in the opening words of Ms. Mary Robinson, the High Commissioner. The only exception was, of course, the lady from the WHO, who talked about 'mental health'. 'Psychiatric disability' hit the nail on the head: of course we are disabled by coercive psychiatry - by the mental health laws! This consultation confirmed our conviction: we have to focus on Human Rights. Our claims in the human rights field have solid ground and we can speak for ourselves.

Für eine Erklärung der International Association Against Psychiatric Assault (IAAPA) fasst Hagai Aviel seine Eindrücke zusammen:

In a special UN meeting about disability in April 2001 there was a clear difference between speakers depending on whether they were government representatives or NGO advocates. Governments representatives called for a declaration supporting special laws, while the non-governmental organizations didn't even mention the need for laws and instead spoke about day-to-day difficulties. The reason is simply that new laws would confer more power to the state and state-sponsored professional help. They would have little to do with the wishes of the affected individuals themselves or their organizations. It was all about more power to the government and the professionals it supports and maintains.

Von Anfang an gab es also von den staatlichen Seiten aus das Bedürfnis, statt einer Veränderung der Praktiken nur irgendeine internationale Vereinbarung zu treffen, um Kritik mit Verweis auf diese "großartigen" Vereinbarungen zu ersticken. Das ist eine typische Methode, um von Seiten der staatlich Herrschenden, in Demokratien wie in Diktaturen, die Forderungen zur Beachtung der Menschenrechte der Unterdrückten zu negieren, aber die Täuschung aufrecht zu erhalten, die Menschenrechte würden gelten. Dazu ist anzumerken, dass die Menschenrechte auf den gewaltfreien Umgang der Menschen untereinander abzielen und deshalb ein innerer Widerspruch entsteht, wenn sie mit Gewalt umgesetzt werden sollten. Die folgenden Entwicklungen sind nun ein Musterbeispiel für das Paradox, das entsteht, wenn die staatliche Gewalt mit ihrem Gewaltmonopol, das Recht von Unrecht scheiden soll, selbst zur Menschenrechts-Verbrecherin geworden ist.

Berlin, Juni 2001: Das Russell Tribunal be- und verstärkt das Urteil des Foucault Tribunals aus dem Jahr 1998. Das Grußwort für das Tribunal hatte im Auftrag der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Mary Robinson, der UN-Vertreter in der BRD verlesen. Noch im Jahr 2001 wird von der UN-Vollversammlung, also der Versammlung der staatlichen Vertreter der Nationen, beschlossen, eine Behindertenrechtskonvention auszuarbeiten.

**29.7.2003:** Dieser Ausarbeitungsprozess wird inhaltlich mit dem Beschluss der Mitgliederversammlung, der am 21.10.2002 gegründeten IAAPA begleitet: Disabled by Psychiatry and the Law. Alle Mitglieder des sog. Ad-hoc-Komitees bei der UN erhielten den Text. Leider konnten die an der Ausarbeitung beteiligten NGOs unsere Forderung, dass das Verbot der Zwangspsychiatrie als mit den Menschenrechten unvereinbar explizit in der Konvention aufgenommen werden muss, nicht durchsetzen. Wäre das gelungen, so wäre bei Annahme der Konvention bzw. deren jeweiliger Ratifizierung von vornherein klar gewesen, was beschlossen wird und es hätte nicht die geringste Chance für irgendwelche "Interpretationen" gegeben - bekanntlich haben ja 3 Juristen 4 Meinungen. Vielmehr wurde nur erreicht, dass diese Forderung implizit in der Konvention steht, sozusagen rechtslogisch in die Artikel der Konvention eingeschlossen wurde. Das sollte wohl ein diplomatischer Kompromiss sein, damit die Konvention vordergründig nicht mehr "auffällig" schien. Allerdings war damit gleichzeitig die Last der Durchsetzung der Forderung auf die nationalstaatliche Ebene verschoben worden: Bei der jeweiligen Ratifizierung sollte sich nun entscheiden, ob die Abschaffung der Zwangspsychiatrie als implizit logisches Resultat der Konvention tatsächlich akzeptiert werden würde und demzufolge entweder die Konvention ehrlicherweise gar nicht unterzeichnet werden würde (wie sich z.B. die USA entschieden) oder aber, genauso ehrlich, nach der Unterzeichnung/Paraphierung nicht ratifiziert werden würde, oder ob aus der Konvention ein heuchlerischer Betrug gemacht wird, wie es alle bisher ratifizierenden Staaten getan haben. Allerdings, und das muss man diesen Staaten zugute halten, die nationalen Gesetzgeber begingen diesen Betrug, ohne vorher darauf hingewiesen worden zu sein, dass diese implizite Logik besteht. Diese Gesetzgeber können sich also auf Arglosigkeit berufen, sich sozusagen "unschuldig" wähnen. Ganz im Gegensatz dazu hat in der BRD eine behindertenpolitische Knallcharge ein ekelerregendes Schmierenstück aufgeführt: Lug und Trug auf offener Bühne.

New York, 13.12.2006: Die UN-Generalversammlung verabschiedet die "Convention on the Protection and Promotion of the Rights and Dignity of Persons with Disabilities"

Berlin, 29. März 2007: die-BPE veröffentlicht eine Presseerklärung zur Paraphierung der Konvention durch die Bundesregierung am folgenden Tag: Die UN-Behindertenrechtskonvention nur ratifizieren, wenn gleichzeitig alle psychiatrischen Sonder-Entrechtungs-Gesetze abgeschafft werden. In dieser Erklärung wird die Beauftragung eines Gutachtens zur Frage der Unvereinbarkeit deutscher Psychiatrie-Sondergesetze mit der UN-Konvention angekündigt (siehe Seite 9).

New York, 30.3.07: die Konvention wird von der Bundesregierung paraphiert

Berlin, 19.4.07: Auftragsvergabe des Gutachtens an die für ihre Spezialisierung auf Menschenrechtsfragen bekannten Anwälte Wolfgang Kaleck, Sebastian Scharmer und Sönke Hilbrans. Zuspitzung der Untersuchung des Gutachtens auf die Frage der (Un)Vereinbarkeit des Berliner PsychKGs mit der Behindertenrechtskonvention.

**24.4.07:** die Mitgliederversammlung von IAAPA verabschiedet und veröffentlicht ebenfalls eine Erklärung mit denselben Forderungen wie die-BPE: *Only ratify the UN Disability Convention if, in doing so, all mental health laws are abolished.* Diese Erklärung dient auch als Aufruf zum Remembrance & Resistance Day

Berlin, 2.5.07: 13ter Remembrance & Resistance Day:

Demonstration von der T4 Gedenktafel in der Tiergartenstraße 4 zum Kleisthaus, dem Dienstsitz der Behindertenbeauftragen der Bundesregierung Karin Evers-Meyer. Unter fadenscheinigem Vorwand wird uns von der Behindertenbeauftragten untersagt, das Kleisthaus zu betreten, um die Mitarbeiter über unsere Forderungen zu informieren. Wir verteilen diese gezwungenermaßen demonstrativ vor dem Eingang des Kleisthauses. Bei Büroschluss müssen alle an uns vorbeigehen. Zu diesem Zeitpunkt deutete sich schon an der abwehrenden Reaktion auf unsere Presseerklärung vom 29.3.07 die anti-menschenrechtliche und behinderten-

feindliche Haltung der Evers-Meyer an. Sie wird zu einem der Leitwölfe des Konventionsbetrugs.

**Genf**, **11.12.07**: Prof. Teresia Degener gibt in einem Expertenseminar des UN-Hochkommissiariats für Menschenrechte mit dem Titel Expert seminar on freedom from torture and ill treatment and persons with disabilities auf Seite 12 zu Protokoll, dass sie Folter (getarnt als psychiatrische Zwangsbehandlung) dann für akzeptabel hält, wenn sie gesetzlich legalisiert sei und Richter zustimmen. Zitat: ..in her [Prof. Theresia Degeners] view, control and review of medical actions should not be exclusi-

vely on the hands of doctors (medical review) but of judges (judicial review). Sie hat sich damit selbst ausserhalb menschenrechtlicher Grundsätze gestellt, um die psychiatrischen Foltermaßnahmen zu schützen. Diese anti-menschenrechtliche Position findet sich dann bezeichnenderweise im März 2008 unmittelbar in den Lügen des von ihr unterstützten sog. Institut Mensch, Ethik und Wissenschaft wieder

(siehe dort). In dem Seminar wurde selbstveständlich Prof. Degener sofort widersprochen, siehe Protokoll S. 13: One participant clarified that in her view forced medical interventions targeting persons with disabilities constitute torture or CIDT, as discussed earlier in the seminar, and there is no judicial review of torture. She expressed her disagreement with any implication from Prof. Degener's remarks that forced medical interventions on persons with disabilities might be permitted with the safeguard of judicial review. She emphasized as well that

CRPD article 14 prohibited disability-based detention. Berlin, 30. Januar 2008: Die auf Menschenrechtsfragen spezialisierten Anwälte Wolfgang Kaleck, Sebastian Scharmer und Sönke Hilbrans übergeben der Bundesarbeitsgemeinschaft Psychiatrie-Erfahrener das 45-seitige Gutachten, das zu dem eindeutigen Ergebnis kommt, dass das Berliner PsychKG mit der UN-Behindertenrechtskonvention unvereinbar ist. Es wird sofort zur Kommentierung bzw. für ein Meta-Gutachten an den Politologen Prof. Wolf-Dieter Narr und den Prof. für Rehabilitationspädagogik Eckart Rohrmann weitergegeben.

Berlin, 25.2.08: Das Gutachten wird zusammen mit den Kommentaren in einer Pressekonferenz im Abgeordnetenhaus der Öffentlichkeit übergeben und im Internet vollständig veröffentlicht.

Die vollständige Erklärung zur Veröffentlichung des Gutachtens von René Talbot, das Gutachten von Prof. Narr, der Kommentar von Prof. Rohrmann und die Reaktionen in der Presse sind im Internet dokumentiert. (Die Veröffentlichung wurde von den Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus unterstützt; das Angebot, gemeinsam mit der Linkspartei an die Öffentlichkeit zu gehen, wurde von dieser ohne Begründung ausgeschlagen)

März 08: Den Auftakt zu der sich danach entwickelnden Lügentour machen bezeichnenderweise die Heuchler des

"Institut Mensch, Ethik und Wissenschaft" (sog. "Wunder-Institut", benannt nach Michael Wunder HH). Obwohl das Institut von den Autoren des Gutachtens in einem Schreiben explizit aufgefordert wurde, die folgende falsche Unterstellung zurückzunehmen, hielt das Institut an der im Internet und als Drucksache verbreiteten Lüge fest, Zitat: "...Außerdem dürfte eine Zwangsbehandlung und -Unterbringung bei einer psychischen Störung nur als ultima ratio richterlich angeordnet werden, wenn eine Selbst- oder Fremdgefährdung nicht anders abgewendet werden kann und wirklich alle freiwilligen Hilfs-

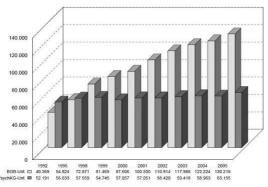
und Unterstützungsmöglich-

keiten ausgeschöpft worden sind (Kaleck u.a. 2007)" Genau das Gegenteil dessen, was das "Institut" unterstellt, steht in dem Gutachten, aber einzige Aufgabe dieses "Instituts" dürfte es sein, Foltermaßnahmen an Behinderten den legitimatorischen Schirm zu halten - bei Betroffenen kann dieses "Institut" nur noch Ekel hervorrufen. Es ist ein Muster-

beispiel dafür, welche niederträchtigen Widerwärtigkeiten

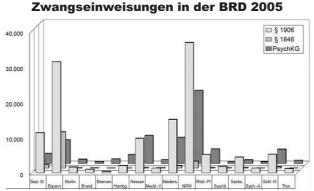
sich Heuchler ausdenken, nur um Arzten die Macht zu erhalten, schwere systematische Misshandlungen vornehmen zu können.

11.-17.4.08: Mit einem jeweils persönlichen Brief werden alle Abgeordneten des Bundestages mit dem gedruckten Gutachten und einer Einladung zur öffentlichen Diskussion des Gutachtens und Befragung der Gutachter am 7.5.08 eingeladen. Alle Abgeordneten aller 16 Landtage bekommen ebenfalls das Gutachten, die Einladung und dazu noch ein erheiterndes, vor allem aber erläuterndes Buch "Gert



Zwangseinweisungen in der BRD 1992-2005

Gesamtzahl der Verfahren am Jahresende (Quelle: Bundesministerium der Justiz, Sondererhebung "Verfahren nach dem Betreuungsgesetz, 1998 – 2005".)



Unterbringungsverfahren 2005 Zahlen siehe nächste Seite (Quelle: Bundesministerium der Justiz, GÜ 2. Hinweis: in Hamburg wurden die Zahlen nach § 1906 Abs.1 und 4 nicht separat erfasst.)

Postel: Doktorspiele" (siehe Brief I.O. Seite: 14)

Der Präsident der Bremer Bürgerschaft reagiert sofort: Rechtsstaatlichkeit verhöhnend verweigert seine Geschäftsführerin Grotheer-Hüneke die Aushändigung der Post an die Abgeordnetnen und will stattdessen alle Briefe zurückgeben bzw. vernichten. Auf die schriftliche Nachfrage eines der gutachtenden Anwälte, auf welcher Rechtsgrundlage sie die Post an die Abgeordneten zurückhält bzw. vernichten will, tritt der Präsident den Rückzug an und verteilt doch die Post, denn die Vorzensur der Abgeordnetenpost drohte öffentlich zu werden.

Berlin, 16.4.08: Wir verteilen im Kleisthaus das Gutachten an alle Teilnehmer bei der Fachtagung: Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen zwischen Alltag und Vision

Berlin, 2.5.08: T4-Umzug - Wir hegen noch die Hoffnung, dass mit der UN-Behindertenrechtskonvention tatsächlich das gemeint ist, was darin gesagt wird und feiern das internationale Inkrafttreten der Konvention am nächsten Tag, dem 3. Mai. Noch gelingt es dem Direktor des *Deutschen* Instituts für Regierungsgefälligkeiten so gut zu heucheln, dass wir nicht merken, wie wir verarscht werden, als wir mit diesen Leuten gemeinsam feiern und anschließend von dort zur Tiergartenstr. 4 ziehen.

**Berlin, 7.5.08:** Öffentliche Veranstaltung im Abgeordnetenhaus zur Diskussion des Gutachtens und unserer Forderung mit Wolfgang Kaleck, Sebastian Scharmer, Helga Wullweber, Wolf Dieter Narr und MdA Dirk Behrendt;

anschließend liest Gert Postel aus seinem Buch. Am gleichen Tag erscheint der zweite Artikel über die Unvereinbarkeit von PsychKG und Konvention im "Neues Deutschland". Da der Berliner Senat von einer Koalition der SPD mit der LINKEN gebildet wird, liegt bei diesen beiden Fraktionen die Verantwortung zur Abschaffung des PsychKG Bln (bzw. der ihm innewohnenden Gewalt und Zwang legalisierenden Anteile) und zur Zustimmung zur Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention im Bundesrat. Eine Schlüsselrolle spielt hierbei die Gesundheitssenatorin, in deren Ressort die Umsetzung dieses Teils der Konvention fällt. Ihre für das Ressort zuständige Linkspartei hat jedoch den geplanten Betrug und den Zweck des Betrugs bereits offenbart. Aufgescheucht durch den Artikel im "Neues Deutschland" schreibt uns am selben Tag im Auftrag von Partei und Bundestags-Fraktion deren behindertenpolitischer Sprecher, MdB Dr. Ilja Seifert. Zitat aus seinem Schreiben

Wenn wir die Sicherung der elementarsten Abwehrrechte tatsächlich als Grundbedingung vor die Ratifizierung setzen, laufen wir Gefahr, einer Verschiebung der Ratifizierung auf den St.-Nimmerleinstag Vorschub zu leisten.

Er erkennt damit zwar die psychiatrischen Misshandlungen als Verletzung der elementarsten Grundrechte an, um dann die Beseitigung jener auf den St. Nimmerleinstag zu verschieben. Warum? Weil seine Berliner GenossInnen, die Gesundheitssenatorin Katrin Lompscher und deren

Staatssekretär Dr. Benjamin-Immanuel Hoff, die die politische Macht besitzen, das Berliner PsychKG zu beseitigen, gedeckt werden sollen, um die psychiatrische Gewalt unangetastet zu lassen! Dr. Seiferts ungeheure Kaltschnäuzigkeit gegenüber elementarsten Grundrechten erinnert fatal an Stalins Ignoranz der Menschenrechte in dessen Gulag-Politik bei gleichzeitiger Unterschrift unter die UN-Erklärung der Menschenrechte 1948 und an dessen taktisches Verhältniss zu Menschenrechten.

Dabei ist zur Verantwortung von Die Linke festzustellen: Da zur Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention gemäß Art. 3 des Lindauer Abkommen von 1957, alle Bundesländer zustimmen müssen, kann auch Die Linke zur Bedingung ihrer Zustimmung zur Ratifizierung von Berlin machen, dass vorher das PsychKG abgeschafft wird. Die Linke hat also unabhängig von der ebenfalls regierenden SPD die ungeteilte und volle Verantwortung für den Konventionsbetrug, weil sie der Ratifizierung in Berlin zugestimmt hat, ohne dass vorher aus dem PsychKG die Gewalt legalisierenden Teile entfernt wurden. Die Linke hatte also durch die Möglichkeit der Verweigerung der Zustimmung zur Ratifizierung den langen Hebel in der Hand, den Koalitionspartner dazu zu bewegen, der Abschaffung des Psych-KGs zuzustimmen.

Berlin, 15.5.08: Die Bundesregierung gibt durch das Ministerum für Arbeit und Soziales, Staatseketär Brandtner, eine ausweichende Antwort auf die Frage des behindertenpolitischen Sprechers der FDP, Jörg Rohde (dokumentiert auf Seite 33 der BT Drucksache 16/9210), ob die Bundesregierung die Unvereinbarkeit der PschKGe mit der UN-Konvention sieht. Rohde stellt die Frage als unterstützende Reaktion auf unseren Brief an alle Abgeordneten vom April.

Bochum, 11.6.08: Der Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener positioniert sich durch eine öffentliche Stellungnahme zur UN-Behindertenrechtskonvention praktisch deckungs-

Zwangseinweisungen

in der BRD 2005

§1906 §1846 PsychKG

Baden-Württemberg

1.035

Bayern

10.296

Berlin

Brandenburg

**Bremen** 

Hamburg

Hessen

Meckl.-Vorpommern

Niedersachsen

763

**NRW** 

1.986

Rheinland-Pfalz

Saarland

Sachsen

Sachsen-Anhalt

Schleswig-Holstein 5.242 407 4.04

Thüringen

Gesamtzahl 208.779

142

24

147

114

132

97

90

29

40

11.325

31.413

1.653

1.013

414

2.108

9.752

1.322

15.091

36.870

5.189

1.815

4.468

1 327

1.216

2.863

6.668

1.210

565

1.292

2.527

7.906

1.069

7.396

4.089

453

504

880

1.037

20.656

gleich wie die-BPE: beide Oranisationen fordern die Abschaffung der PsychKGe spätestens gleichzeitig mit der Ratifizierung

der Konvention. Berlin, 20.6.08: zweite Antwort der Regierung durch das Innenministerium,

Staatsektetär Altmaier, auf die Nachfrage von Jörg Rohde, FDP, (dokumentiert auf Seite 8 der BT Drucksache 16/9832). Mit dieser Antwort wird deutlich, dass die große Koalition und die sie tragende Regierung versuchen werden, es auf einen Konventionsbetrug hinauslaufen zu lassen.

Offensive, Bundesarbeitsgemeinschaft (siehe I.O., Seite 8).

Der Referentenentwurf des Ratifizierungsgesetzes wird uns zugespielt. Er beweist endgültig, wie der Konventionsbetrug von CDU und SPD sowie der Bundesregierung mit Hilfe der sog. "Denkschrift" geplant wird, dem sich aber alle anderen Parteien ebenfalls anschließen.

Bochum, 18.7.08: In einer 2. öffentlichen Stellungnahme kritisiert der Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener den Referenten-

entwurf zur Ratifizierung der Konvention: Der Referentenentwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zur Ratifizierung der UN-Behindertenkonvention ist reine Schaufensterpolitik. Während im Schaufenster die Menschenrechte präsentiert werden, soll in den Hinterzimmern (Psychiatrien, Altenheimen) weiter **gefoltert** werden. Dem dient die völlige Verdrehung der Paragraphen 12 und 14 der UN-Behindertenkonvention in der ministeriellen Denkschrift.

Berlin, 22.7.08: Demonstration vor dem Kleisthaus, Sitz der Behindertenbeauftragen der Bundesregierung, Karin Evers-Meyer, die eine zentrale Rolle in dem Konventionsbetrug spielen wird, anläßlich der "Anhörung" eingeladener Betroffenenverbände (wir waren selbstverständlich nicht eingeladen). Mit einem entsprechenden Flugblatt werden alle Teilnehmer über die Heuchelei der Bundesregierung und den geplanten Betrug informiert.

Berlin, 23.7.08: Demonstration vor dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, anläßlich der Anhörung der Ländervertreter zum Referentenentwurf. Mit einem entsprechenden Flugblatt werden alle Teilnehmer über die Heuchelei

Berlin, 15.7.08: Vertreter von Irren-Psychiatrie-Erfahrener, Landesverband Psychiatrie-Erfahrener Berlin-Brandenburg, Verein zum Schutz vor psychiatrischer Gewalt, Betroffenenberatung, Weglaufhaus und ein Vertreter der Humanistischen Union Berlin besprechen gemeinsam die Lage. Verabredet wird, dass die beteiligten Vereine um Beschlussfassung zur Bildung einer Arbeitsgruppe gebeten werden, die das weitere Vorgehen abstimmen soll. Diese Arbeitsgruppe wird vielfältig aktiv und erarbeitet u.a. zwei Demonstrationsaufrufe

der Bundesregierung und den geplanten Betrug informiert.

Berlin, 29.7.08: Brief von die-BPE ans Bundeskanzleramt, Überschrift: Statt Beseitigung der Psychisch-Kranken-Sondergesetze planen Heuchler den Konventionsbetrug

**20.8.08:** Um der Berliner Linkspartei, die unsere Briefe unbeantwortet ließ, eine Gelegenheit zu geben direkt mit uns zu sprechen, um die möglicherweise falsche Unterstellung aus dem Weg zu räumen, dass die Linkspartei sich in Berlin an dem geplanten Konventionsbetrug beteiligt, nur um die Praktiken in der Berliner Zwangspsychiatrie unangetastet zu lassen, schlugen wir dem Staatssekretär bei der Gesundheitssenatorin, Benjamin Hoff, ein Gespräch vor. Schließlich stand eine Konfrontation bevor. Paradoxerweise akzeptierte er, obwohl dann das Gespräch nach 5 Minuten beendet war. Es hatte aber Klarheit darüber geschaffen, dass die Linkspartei voll und ganz hinter dem Konventionsbetrug steht. Sie schert sich nicht im Geringsten um Menschenrechte. Geradezu zynisch wird zur Täuschung ihrer Anhänger inbrünstig gesungen: "die Internationale erkämpft das Menschenrecht".

**29.8.08:** Flugblatt Verteilung vor dem *Institut für Regierungsgefälligkeiten*. Dass dieses Institut am 2. Mai nur geheuchelt hatte, wird erstmals offensichtlich, als wir von diesem Institut nicht mehr zu einer Besprechung mit Verbänden Betroffener zu UN-Konvention eingeladen werden. Den Regierungsgefälligen dieses Instituts lag nichts mehr an einer weiteren Täuschung, weil sich zu diesem Zeitpunkt schon abzeichnete, dass Menschenrechte für die Bundesregierung völlig unbekannt sind, insbesondere wenn es um die Verbrechen der Zwangspsychiatrie geht. Die Regierungsgefälligen hatten erfahren, dass sie für Speichelleckerei und den Verrat an den Menschenrechten mit jährlich 463.000 € belohnt werden sollen.

n Heuchler

onsbetrug

3.9.08: erster Demonstrationstag der Dauerdemo vor dem Sitz der Berliner Gesundheitssenatorin und ihrem Staatssekretär Hoff (Foto rechts). Es folgen weitere 56 Demonstrationstage mit jeweils 2,5 Stunden.

**4.-17.9.08:** zweiter Brief an alle Abgeordneten bzw. Antwortbriefe an die, die uns auf den ersten Brief

geantwortet hatten (Musterbrief siehe I.O. Seite 15)

**15.9.08:** Das Kleisthaus lädt uns ein zur Vorbereitung von *"alles inclusive?"*, tatsächlich: Alles Lüge! Entsprechend werden wir aus der Versammlung hinausgeschickt. Danach Flugblattverteilung in der Berliner Gesundheitsbürokratie

**6.10.08:** Berliner Woche der "Seelischen Gesundheit" - Vor der Pressekonferenz verteilen wir Flugblätter

**6.-12.10.08:** Zum "Dignity and Justice for Detainees Week" gibt das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte eine uns voll bestätigende "Information No. 4" heraus

**21.10.08:** Demo mit Flugblattverteilen vor der Berliner Gesundheitsbürokratie in der Oranienstr. 106

**23.10.08:** beim Vortrag von Dörner Flugblätter verteilen **30.10. - 7.11.08:** dritter Brief an alle Landtagsabgeordneten aller Bundesländer (Musterbrief siehe I.O. Seite 18)

11.11.08 offener Brief ans Deutsche Institut für Regierungsgefälligkeiten, siehe I.O. Seite 11

**12.11.08**: Demo vor dem Bundesrat wegen dessen 1. Sitzung zur Behindertenrechtskonvention

12.11.08: erste Lesung im Bundestag; wir konnten an der Lesung nicht teilnehmen, weil sie um 22 Uhr die letzten Besucher einließen und wir erst um 22.30 Uhr pünktlich zur Debatte dort waren - ein rein bürokratischer Ausschluss, aber haben wir wirklich was verpasst? Das Heuchelei-Geschlabber der ersten Lesung im Bundestag ist im Internet

nachzulesen: Siehe Protokoll, dort Seite 19904

Erkner, 13./14./15.11.08: Demo vor dem Vormundschaftsgerichtstag; Aufruf siehe I.O. Seite 12

17.11.08: Demo vor dem *Deutschen Institut für Regierungsgefälligkeiten*; Verteilung des offenen Briefes

**24.11.08:** öffentliche Sitzung des Bundestags-Ausschusses Arbeit und Soziales. Lachwitz und Kruckenberg verraten uns, Degener sagt nichts - sie unterstützt durch ihr Schweigen die Abschlachtung der UN-Konvention.

26.11./27.11.08: Demo am Eingang zum ICC beim Kongress der DGPPN: "Ab 1.1.2009 sind alle, die in einer Geschlossenen arbeiten Verbrecher"

**27.11.08:** Dritter Brief an alle Bundestagsabgeordneten **28.11.08:** Demo vor dem Bundesrat.

Weitere Demonstrationen und Flugblattverteiltermine anläßlich verschiedener "Feiern" von 60 Jahren Menschenrechte:

**1.12.08:** Flugblattverteilung bei der Veranstaltung des *Deutschen Instituts für Regierungsgefälligkeiten*, angeblich über die "Würde des Menschen"

**1.12.08:** Demonstration vor der SPD-Zentrale

**2.12.08:** a) englische Flugblätter verteilen im Kleisthaus b) Flugblätter verteilen in der Böll-Stiftung anläßlich der Kelly-Preisverleihung. Die Laudatio hält Justizministerin Zypries, die uns die Denkschrift eingebrockt hat

**3.12.08:** Flugblätter verteilen: Französcher Dom am Gendarmenmarkt 60 Jahr-"Feier"

**4.12.08:** 2. + 3. Lesung im Bundestag; wir setzen unsere Erklärung *Verkauf gestohlener Menschenrechte* dagegen (siehe I.O. Seite 7).

9.12.08: Flugblätter verteilen: Haus der Kulturen der Welt 10.12.08: Demonstration mit Flugblätter verteilen vor der Friedrich Ebert Stiftung, Hiroshimastraße 17: politische Feierstunde mit der Top Politprominenz - die Polizei verweist uns zum Hohn auf die Menschenrechte des Platzes. Amnesty International als Mitveranstalter lässt das zu. Die Demonstration wird aufgelöst und es werden nur noch Flugblätter verteilt.

11.12.08: Flugblätter verteilen bei der Amnesty-Lesung in der Bibliothek am Wasserturm

**18.12.08:** bei der Menschenrechte-Feier der Universität Potsdam werden Flugblätter verteilt

19.12.08: beschließt der Bundesrat auch nach "Lindauer Abkommen" die Ratifizierung. Unsere Antwort ist die Pressemitteilung *Täuschung mißlungen*; siehe S. 4

**1. Januar 2009:** die Konvention tritt durch Verkündigung im Bundesgesetzblatt in Kraft - die UN vermeldet die Ratifizierung aber erst zum 24.2.09.

Genf, 26.1.09: Das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte bekräftigt alle unsere Forderungen, die wir schon am 29.3.2007 gestellt haben. In einem Bericht an die Generalversammlung der Vereinten Nationen "zur Verbesserung der Sensibilisierung und dem Verständnis der Behindertenrechtskonvention" wird definitiv klar gestellt:

• Strafverfahren mit der Feststellung von Schuldunfähigkeit "müssen abgeschafft werden" (siehe Artikel 47. u.)

das "Übereinkommen weicht radikal von der UN Resolution Nr. 46/119 vom 17. Dezember 1991 ab" (siehe Artikel 48. u.)
alle Gesetze "müssen abgeschafft werden", in denen "psychische Krankheit" Vorwand für ein Sondergesetz bei Gefahr für sich selbst oder andere ist - also eine definitive Bestätigung unserer Forderung nach sofortiger Abschaffung aller PsychKGe von der menschenrechtlich höchsten Stelle (siehe Artikel 49 nächste Seite).

Hier die wichtigsten Abschnitte des Berichts als Zitat (Übersetzung die-BPE):

47. Im Bereich des Strafrechts erfordert die Anerkennung der Rechtsfähigkeit von Menschen mit Behinderungen die Abschaffung der Verteidigung auf der Grundlage der Negation strafrechtlicher Verantwortung aufgrund des Vorliegens einer psychischen oder geistigen Behinderung.\* Stattdessen müssen behinderungsunabhängige Maßstäbe für das subjektive Element von Straftaten mit der Berücksichtigung der Situation der einzelnen Beschuldigten angewandt werden. Wenn Untersuchungshaft vor oder während des Strafver-